

Rebraer Anzeiger

Amliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Rebra

Erscheint wöchentlich zweimal: Mittwoch und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle und den Postanstalten 0,65 M.

Schriftleitung: W. H. Sauer in Kösteben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Kösteben.
Geschäftsstelle in Rebra: Frau Kaufmann Weig, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Kösteben Nr. 21. — Postcheckkonto: Leipzig Nr. 22332

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 5 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Restmeteil 15 Pf.
Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten: Stadtparlasse Rebra — Bankverein Artern.

Nr 83

Sonnabend, den 16. Oktober 1926.

39. Jahrgang.

Jugend in Gefahr.

In der Berliner Polizeiausstellung befindet sich eine Abteilung der „politischen Polizei“, die außerordentlich interessantes Material über alle Mittel des politischen Kampfes enthält; dieser Kampf wird ja heutzutage nicht nur mit Wort und Bild und Schrift geführt, sondern allzuoft mit „schlagenden“ Gründen oder gar mit Schießwaffen. Man sieht in jener Abteilung alles alterhand Waffen in Kampf dieser Art ausgeübt — das schließt dabei infolgedessen die in der Kampfsache Jugendschule abgenommen sind — schwere Gewehre mit Eisenbüchsen, Schlagringe und Pistolen, Sandmännchen und Revolver. Es ist einfach nicht wahr, daß das Männergeschlecht, das im Feuer des Weltkrieges stand, die Scheu vor dem Leben des Weiblichen verloren hat, — die Jugend ist es, der nicht bloß der Mord und der Revolver bei derartigen Umständen sehr leicht ist. Die Zahl der Verbrechen, Verbrechen, so graßlichen Taten von Jugendlichen steigt in immer drohender Weise. In Drahtbürg mordet ein fünfzehnjähriger, der allerdings über seine Jahre hinaus entwickelt erscheint, in diesen Tagen hemmungslos drei Menschen. Es gelang ihm, in einem Restaurant zu sitzen. Aufstehen passierten dann diesem Mörder das Gesicht, denn die mögliche Schicksale von zehn Jähren Gefängnis läßt den fünfzehnjährigen wieder auf seine Eltern los. Er ist ein Fürstzögling. Die Gerichtsverhandlung erst wird ergeben, wie es möglich war, daß dieser Knabe zum entsetzlichen Mörder wurde.

Ein Engländer hat einmal während des Krieges gesagt, die verberende Wirkung der Hungerplände werde sich in Deutschland erst deutlich zeigen, wenn die Friedenslosigkeit bezüglich der fortwährenden Vertreibung des dem herangezogenen Geschlechts zeigen. Wohl kam mit Heranzug aber die seelische Verknüpfung der Jugend von heute hat ein erschreckend weites Ausmaß erreicht, beschränkt sich aber durchaus nicht auf die Jugendlichen jener Klassen, die man als die „unteren“ bezeichnet. Was die Unwissenheit des Vaters während des Krieges vielfach begann, vollendete die bittere Notwendigkeit des Geldverdienens in den Notzeiten, die hernach kamen und allzuoft das häusliche Leben geradezu zerstörten. Falsche Proben traten auf und verführten der Jugend das Recht auf Schrankenlosigkeit, vertrieben die moralischen und sittlichen Normen — die Folgen sind so.

Wir sind stolz, wieviel oft stolz auf unsere Jugend; gewiß, sie ist vorbildlich — aber die banale Frage lautet auf, ob wir nicht dabei über den Körperlichen der Jugend in der Vergangenheit, vielmehr im Hinblick auf die wachsende Zahl der Jugendlichen, Straftaten bis zum tödlichen Mord hinauf, als wir es vorziehen haben, darüber nachzudenken zu sein, ob wir es wirklich so fertig wird gebracht haben, wie wir es uns einbilden. Dort ist die Gegenwart, hier wird es härter werden, erbitterter der Kampf um das Leben. Da wird der Jugend gerade die seelische Widerstandsfähigkeit einbüßen werden. Aber wenn die Sechszehnjährigen zu Straßendemonstrationen mitgenommen werden, wenn die Sechszehnjährigen nur noch von blutigen Vorkämpfen reden, wenn ein großer Verbrecher als Held hingestellt, wenn unangenehm das Interesse angeht und für die „unteren“ wird die eine Größe der in Abgesandten, der sich als Mitleidenschaft der Aufmerksamkeit von Millionen folgen konnte, kann dann das alles seine Wirkung auf die Jugend nicht verlieren.

Gräßlich ist die Tat des fünfzehnjährigen in Drahtbürg, wie Älteren müssen wir aber an die Tat denken, weil wir in dem Kampf des Tages gegeneinander den furchtbaren ersten Sinn des Wortes verstehen, daß, der die Jugend hat, auch die Zukunft besitzt. Dieses Wort schließt die Pflicht in sich, uns um die Zukunft zu sorgen.

Die kriminalistische Welle.

In einer Ansprache durch den Rundfunk teilte der Berliner Polizeipräsident Dr. Fiedersleben mit, daß im Jahre 1925, dem Höhepunkt der kriminalistischen Welle, in Deutschland fast eine Million Personen wegen Verbrechen und Vergehen gegen die Reichsgesetze verurteilt wurden, gegen fast 600 000 Personen im Jahre 1912, die damals bei einer größeren Bevölkerungszahl abgemildert werden mußten. Die Zahl der verurteilten Jugendlichen ist im gleichen Zeitraum von 55 000 auf 90 000. Die Verhältnisse der Verurteilten können noch länger nicht wieder als erreicht gelten.

1,6 Milliarden für soziale Zwecke

Die Tagung des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Auf der in Nürnberg tagenden Herbstkonferenz des Deutschen Gewerkschaftsbundes sprach Reichsarbeitsminister Brüning über die Ergebnisse der letzten Jahre in Deutschland betriebenen Sozialpolitik. Der Minister betonte, daß vor vorweg zu sagen ist, daß die Zahl der in den Jahren 1925 und 1926 im Vergleich mit dem Jahre 1925 sich um 1,6 Milliarden für soziale Zwecke ausgedehnt worden, während der Gesamtwert des Reiches 7,1 Milliarden betrug.

Dr. Brüning kam in seinen weiteren Ausführungen auch auf die Frage der Lohnpolitik zu sprechen und führte hierbei aus: Betrachtet man das Problem der Lohnpolitik in seiner Gesamtheit, so wird man bald erkennen, daß eine schematische Regelung heute weniger

denn je angebracht ist. Sie richtet sich ganz nach der Art, in welcher der Betrieb arbeitet. Es gibt also heute keine klare Linie der Lohngestaltung. Ich über die Grundlinie der Lohnpolitik zu verhandeln und sie in der Praxis durchzuführen, ist in erster Reihe natürlich Aufgabe der Parteien selbst und muß es bleiben. Allerdings hat auch der Staat die Möglichkeit, hier im Einzelnen eingzugreifen, speziell durch die Arbeitslosenversicherung und durch die Sozialversicherung. Aber von diesem finanziellen Mittel sollte man sich nur mit großer Zurückhaltung Gebrauch machen, wenn wir nicht seinen Nutzen in das Gegenteil verkehren. Würde von der Einrichtung der Arbeitslosenversicherung zu häufig Gebrauch gemacht, so wäre die Folge die Erhöhung des Gehalts der Selbstverdienenden der Parteien. Die Kraft der Gewerkschaften würde dadurch geschwächt und auf die Dauer die ganze Einrichtung des Sozialstaats gefährdet. Zum Schluß sagte der Minister: Deutschland kam auf seine Sozialpolitik stolz sein; wir nehmen da eine internationale Führung ein. Die sozialpolitische Gestaltung steht dem deutschen Volke in den Händen. Sozialpolitik ist ein Stück deutscher Kultur und muß so gewertet werden.

Vor Dr. Brüning hatte der ehemalige preussische Ministerpräsident Reichsstaatsminister Dr. Siegel über das Thema „Wirtschaftsrisiko und Arbeitslosigkeit“ gesprochen. Siegel wies hierbei auf die Zusammenhänge während der letzten Jahre hin, die alle eine riesige Macht darstellten. Der Redner betonte hierbei, daß wir noch weit entfernt von Wirtschaft und Kulturdemokratie seien.

Die Mieter beim Volkswohlfahrtsminister

Die Verwendung der Hauszinssteuer. Wie von dem Bund Deutscher Mietervereine G. B. (Sitz Dresden) mitgeteilt wird, hätten viele Vertreter eine mehrstufige Unterabteilung mit Ministerdirektoren und den Vertretern des Volkswohlfahrtsministeriums wegen der Wirtschaftskrisis unter Erhöhung der Hauszinssteuer um 30 % der Friedensmiete. Die Vertreter der Mieter haben einen erhöhten Wohnungsbau zur Beseitigung von Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit zugestimmt und auf Wege zur Befreiung der Mittel für den Wohnungsbau der gesamten Hauszinssteuer für die öffentlichen Hand für die Wohnwirtschaft erhalten werden und auch künftig nicht dem Ausschuss als weitere verbundene Rente zuzuführen. Sie haben eine ausführliche Denkschrift in Aussicht gestellt.

Im Preussischen Landtag ist zur Frage der Verbilligung des Wohnungsbaues folgende kleine Anfrage eingebracht worden: Der Zeitpunkt ist gekommen, wo von den jetzt noch zahlreich vorhandenen Mietern für die zu erhaltenden Wohnungen in Anbetracht ihres Einkommens nicht mehr bezahlt werden können. Da die Preise für Baustoffe, Löhne usw. aller Voraussicht nach nicht zu sinken sind, muß der Zusatz für anstehende Hypotheken, auch der Staatshypothek, verringert werden. Dieses kann geschehen, wenn ein Teil des Aufkommens der Hauszinssteuer dazu verwendet wird, die Zinsen, welche von Geldgebern verlangt werden, soweit aus der Hauszinssteuer zu erzielen, daß der Preis der neu fertiggestellten Wohnungen nicht wesentlich über die 100 % Kriegsmiete kommt. Die Staatserhebung wird getraut, ob sie bereit ist, das Nötige zu veranlassen.

Frankenrische Finanzkommission in Berlin.

Unter Führung des Ministerialdirektors Alphonse ist eine frankenrische Finanzkommission in Berlin eingetroffen, um die in Thüringen beschlossenen wirtschaftlichen Verhandlungen zu beginnen.

Politische Rundschau Deutsches Reich.

Seitens Abschied von der Reichswehr. Die letzte Ausgabe des Reichswehrordnungsblattes enthält nachstehenden Tagesbefehl des Generalobersten von Seeckt: „An das Reichswehr! Der Armee, die mit mir geworden und gewachsen, sage ich heute herzliches Lebewohl! Aus der alten Armee hervorgegangen, mit ihr in schönen Friedens-, in ehrenvollen Kriegsjahren fest verbunden, habe ich nichts Besseres im Sinn, als zu streben, ihre Züge und den jungen Armee zu übermitteln. Es mit das getungen ist, das sollt ihr, meine Kameraden, beweisen. Galtet die deutsche Soldatenheute hoch, die in der Pflichterfüllung liegt. Jeder an seiner Stelle, stündlich, täglich, im Leben und im Tod! — Vorwärts!“ Das Armeerecht des Reiches zu Lippe.

Der vormalige Fürst Leopold IV. zu Lippe hat sich geäußert, beim Magistat Demold um das Armenrecht einzukommen, damit er einen Privatprozess um eine sehr hohe Summe — man spricht von 250 000 Mark — gegen ein rheinisches Bankhaus führen kann. Nach Prüfung der Vermögens- und Einkommensverhältnisse sowie

der ganzen wirtschaftlichen Lage hat der Magistrat der Stadt Demold dem Erluchen entprochen und dem Fürsten für diesen Prozess das Armenrecht gewährt. Der Fürst hat eine große Familie — sieben Kinder — zu unterhalten und glaubt sich deshalb außerstand, aus eigenen Mitteln den Prozess anzuführen. Das Armenrecht legt ihm in die Lage, ohne die sonst nötigen Vorstöße den Prozess führen zu können.

Der Reichslandbund gegen die Große Koalition.

Der Bundesvorstand des Reichslandbundes hat zur Frage der Regierungsbildung in Preußen folgende Entschlüsse gefaßt: Der Reichslandbund begrüßt grundsätzlich jeden Schritt, der geeignet ist, den Einfluß der Sozialdemokratischen Partei zu schwächen. Der Bundesvorstand hat jedoch in dem geplanten Beitritt der Deutschen Volkspartei zu der jetzigen Regierung in Preußen keinen denkbaren Schritt erblickt. Die Weiblichen des Reichslandbundes gegenüber dieser Entscheidung sind erheblich verärgert durch die demagogische Tendenz der S. P. D. den Beitritt der S. P. D. in Preußen abhängig zu machen von einer gleichen Einwirkung im Reich.

Strenghaus über Parlament? Bei der Beratung des Abänderungsbeschlusses im Preussischen Landtag haben sich die kommunistischen Abgeordneten derart rülpelhaft betragen, daß man sich fragen muß, ob es wirklich nötig ist, derartige „Parlamente“ zu unterhalten. Mit Wasserläschen, Zintengläsern, Bildbrettern und sonstigen erziehbaren Gegenständen schwebten sie gegen ihre Kollegen der anderen Fraktionen, wobei die Sitzung vom Präsidenten einmündig unterbrochen werden mußte. Schließlich hieß dem Präsidium nur das letzte Hilfsmittel übrig: die polizeiliche Ausweisung der Raubabstürzer. — Derartige widerliche Szenen müssen davon führen, den Parlamentarismus in den Augen des Volkes herabzuwürdigen, schließlich ganz zu untergraben.

Ein probates Mittel der Schlichtung gegen die Nihilisten der kommunistischen Abgeordneten, die sie sich unter dem Schutze ihrer Immunität erlauben, haben übrigens die zwei Söhne des sozialistischen Abgeordneten Oberthor angewandt. Der kommunistische Abgeordnete Schulz aus Dittersbach hatte sich während der Sitzung erdreistet, die Ehre der Frau des Abgeordneten Oberthor anzutasten und da nun dem Schulz infolge seiner Immunität als Abgeordneter nicht anders bekommen ist, haben die Söhne des Oberthor dem Verleumdung vor dem Landtagsgesamts aufgelauert und ihn mit der Handspindel derart gequält, daß jene Sitzung für ihn eine „denkwürdige“ sein wird. Den beiden Söhnen, die derart für ihre Mutter eintraten, wird jeder anständige Mensch Achtung entgegenbringen.

Aus 3m und Ausland.

Berlin. Der Reichstag hat am 14. Oktober in Anbetracht der neuen preussischen Finanzministerien die von den Kommunisten für Donnerstag angelegte Gesetzesmotion in Artikel 110 des Grundgesetzes gegen das Abänderungsbeschlusses wegen unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit verworfen.

Berlin. Der Reichstag ist ergebnislos für Mittwoch, den 2. November, einberufen worden. Auf der Tagesordnung dieser ersten Plenarsitzung nach der Sommerferien stehen nicht nur keine Vorlagen. Der Präsident hat sich vor vorbehalten, weitere Punkte auf die Tagesordnung zu setzen.

Berlin. Der Direktor des Landesversicherungsvereins Rhein-Preußen, Dr. Ehrenhalder, hat seine finanzielle Unterstützung wegen Unzulänglichkeiten in den Unterorganisationen niedriger.

Paris. Die Aktion „Français“ bringt die Mitteilung, daß der französische Leutnant Pousier, der wegen der Verletzung in Gemersheim in Untersuchungshaft genommen worden war, vorläufig in Freiheit gesetzt worden ist.

London. „Reichsminister“ schreibt, es verlange, daß nachträglich im nächsten Monat der Verband Britischer Industrieller durch Vermittlung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie deutsche Industrielle nochmals zu einer Unterredung nach England einladen werde.

London. „Daily Herald“ meldet, daß infolge der Propaganda Coofs zahlreiche Bergarbeiter, die die Arbeit bereits wieder aufgenommen hatten, gestern erneut in den Streik zurückgefallen sind. In Derbyshire handelt es sich um 12 000 Bergleute, in Nottinghamshire um 1200.

Kopenhagen. Der Geschäftsführende Ausschuss der nord-schleswigschen Organisation für Selbstverwaltung (Selbstverwaltung der Bauern) hat sich in einer Sitzung mit der Anerkennung bewandt, in der der Landtag nach einer Besprechung über die Regelung der wirtschaftlichen Not in Nord-schleswig ausgeschrieben wird. Die Regierung hat sich zu Verhandlungen bereit erklärt.

X Amerikanischer Frontkämpferlag in Paris 1927. Die amerikanische Frontkämpferlag beschloß, ihre nächste Jahrestagung in Paris abzuhalten. Infolgedessen werden sich im September 1927 30 000 frühere Teilnehmer an den Kämpfen auf den französischen Schlachtfeldern von sieben amerikanischen bzw. französischen Helden aus auf 26 Schiffen nach Frankreich begeben. Alle auf der Pariser Tagung getroffenen Entscheidungen müssen durch eine zweite Konferenz ratifiziert werden, die nach der Rückkehr der Legionäre in New York stattfinden wird.

Zunmer weitere Sturmgeschäden.

Stodung im Hamburger Seeschiffverkehr. Der Sturm der letzten Tage hat in Hamburg Schiffverkehr schwere Schäden hervorgerufen. Bei Brunsbüttel, Altenbrunn, Cuxhaven und anderen den Eld-

Es wird immer besser und besser oder die gestohlenen Wanzen.

Der seltsame Apotheker Coué hat doch recht gehabt: man muß sich nur wohl fühlen wollen in diesem trübsamen Jammertal, und man fühlt sich auch wohl. Die meisten von uns rennen mit schwarzen Beilen umher und behaupten: es wird immer schlimmer und schlimmer! Da wird denn hervorgezückt, was „alles passiert“: Die schrecklichen Wetterkatastrophen im letzten Sommer, die dauernde Gedrängtheit, die Aufregung (auch Gené und Baccardi) und endlich die steigende Kriminalität der Bevölkerung, die sich in der auch noch in mancher anderen Hinsicht sehr lehrreichen Vortragsausstellung, die die derzeitige neueste Sensation Berlins bildet, widerspiegelt. Wo man nun an die Heberfälle in den beiden Bädern oder die Eisenbahnattentate, ob man an den Kaufmännischen Schieber in Magdeburg oder an Böttcher, der die Gräfin Lambdorski abschlugete, denkt, ob man den „Prozess der ärtlichen Verwandten“ in Dresden gegen den Sanitätsrat Böhm verfolgt oder sonst aus der fälligen Kriminalgeschichte irgend einen Fall herausgreift — wir sind wirklich weit gekommen. Manchmal allerdings drängt sich das fomiöse — wenn auch tragfomiöse — Motte in den Vordergrund. So in dem in nächsten Tagen vor Gericht zur Verhandlung gelangenden Kriminalfall, der merkwürdig an den noch erinnerlich gebliebenen Blüthenraub des Privatdozenten Dr. Paul gemahnt. Da hat ein Berliner Gemeindeführer, der sich in wissenschaftlichen Kreisen großen Ansehens erfreute, in Berliner zoologischen Instituten nicht nur meist sehr wertvolle Bücherwerke im Gesamtgewicht von über fünfzig Zentner — gestohlen, sondern dazu noch unglücklich — man spricht von über zwanzigtausend — Insektenpräparate, zum größten Teil Wanzen, bei seinen Besuchen in Instituten mitgebracht. Der seltsame Wanzenliebhaber gibt nun vor, im Transatlantische gefahren zu sein und seine Leidenschaft zu der anderen Mittelmeerküste wenig angenehmen Sippchaft der Wanzen durch französische Wäpgeier noch gesteigert zu haben. Wie dem auch sei: es wird immer besser und besser! Herr Wald, seines Verurs Achatter-Fachablenkerer, und Herr Serrich, der mit Feuerwerk und Schweißbomben gleich dem leichten Gottesboten seine „Arbeit“ verrichtet, werden weiter Schule machen. So auch Herr Dr. Paul und nun der treffliche Wanzenfreund Schunacher. Vielleicht ließ man bald einmal, daß irgendwo ein Flohstich ausgetraut worden ist. Nichts kann uns mehr wundernehmen. Was heute noch Phantasie, wird morgen zur Wirklichkeit. Es wird immer besser und besser! Güter Coué, fleh uns Armen bei!

Gut ausgereifte
Winteräpfel
große weiche
Birnen

zum Öffnen und Kochengebe preiswert ab

Karl Pringlt.

la Eiderfettkäse
9 Pfd. = 6,30 Pfr. franco
Dampfkäsefabrik Rendsburg.

Spielkarten

vorrätig. Buchhl. Wilh. Sauer

Frauen schaffen und Frauenleben

Ein Kalender aus

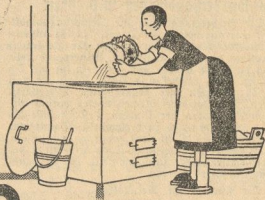
das Jahr 1927

PREIS 3 RM.

Das Schaffen der Frau im öffentlichen Leben, Kunst, Wissenschaft, Politik, Sport und Spiel.

Überall zu haben!

Verlag Otto Beyer, Leipzig T



So ist es richtig!

Man löst Persil kalt auf, am besten in einem Eimer. Nehmen Sie aber kein heißes Wasser. Sie haben dann nur die halbe Waschwirkung.



Man verrührt dabei Persil mit der Hand oder einem Rührer gründlich, damit alle Teile des Waschnittels restlos ausgenutzt werden. Die Wäsche wird einmal eine Viertelstunde gekocht und dabei auch gelegentlich umgerührt. Angenehmer, schneller und billiger kann man gewaschen werden als so.

Persil

1 Paket reicht für 2 1/2 bis 3 Eimer Wasser

Zum Weichmachen des Wassers verfährt man vorher einige Stunden lang mit Persil im Wasser. Nehmen Sie auch zum Einweichen nur die allbewährte Benko-Beleis-Soda.

An unsere Stromabnehmer!

Es ist dringend erforderlich, alle elektrischen Einrichtungen in regelmäßigen Zeitabständen nachprüfen zu lassen. Ordnungsmäßig unterhaltene Anlagen sind betriebs- und feuericher, vernachlässigte Anlagen führen zu Störungen und Unfällen. Sicherungen dürfen niemals durch Draht oder Metallteile überbrückt werden! Gefährliche Sicherungen sind unwirksam und bedeuten eine hohe Gefahr für die Anlagen.

Es empfiehlt sich, Zinkanlagen wegen Erd- und Kurzschlußgefahr gegen Kupferstellungen auszuwechseln. Reparaturen oder Änderungen dürfen nur durch unsere Installationsabteilung oder durch von uns zugelassene Installateure ausgeführt werden.

Weitere Auskünfte werden jederzeit bereitwillig erteilt.

Landkraftwerke.

Die Preismäßigung

für Original-Miele-Zentrifugen und Miele-Buttermaschinen durchgeführt.

Die Sie eine Zentrifuge oder Buttermaschine kaufen, lassen Sie sich beim nächsten Händler die neuesten Modelle zeigen und die ermäßigten Preise nennen.

Sie können wohl mehr Geld für eine Zentrifuge oder Buttermaschine ausgeben, aber nie eine bessere kaufen als „Miele“

Mielewerke
Große Spezialfabrik Deutschlands
Güterloh Westfalen

Über 1800 Angestellte u. Arbeiter
6000 PS Betriebskraft

Polizei-Verordnung über die Schlachtvieh- und Fleischschau bei Haus-schlachtungen.

Auf Grund des § 137 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1893 (G. S. 195), sowie der §§ 6, 12 und 16 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 31. März 1850 (G. S. 265) in Verbindung mit § 24 des Gesetzes betr. die Schlachtvieh- und Fleischschau vom 8. Juni 1900 (R. G. Bl. S. 547) und § 13 des Ausführungsgesetzes zu diesem Gesetz vom 28. Juni 1902 (G. S. 329) wird mit Zustimmung des Reichsausschusses in Ergänzung der Polizeiverordnungen vom 8. Oktober 1914 (veröffentlicht im Regierungsamtsblatt Stück 42 vom 17. Okt. 1914) und vom 8. Oktober 1923 (veröffentlicht im Regierungsamtsblatt Stück 42 vom 20. Oktober 1923) für den Umfang des Regierungsbezirks folgendes verordnet:

§ 1.
Rindvieh, Schweine, Schafe, Ziegen, Pferde und Hunde unterliegen auch in den Fällen, in denen auf Grund des § 2 des Gesetzes, betr. die Schlachtvieh- und Fleischschau vom 3. Juni 1900 die Untersuchung unterbleiben darf, vor und nach der Schlachtung einer amtlichen Untersuchung nach Maßgabe des vorgenannten Reichsgesetzes und der dazu erlassenen Ausführungsbestimmungen für diejenigen Schlachtungen, die Privatpersonen vornehmen oder vornehmen lassen.

§ 2.
Für Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung gelten die Strafbestimmungen der §§ 26 bis 28, insbesondere des § 27 Nr. 2, 3 des Gesetzes betr. die Schlachtvieh- und Fleischschau vom 3. Juni 1900.

§ 3.
Die Polizeiverordnung tritt am 1. Oktober 1926 in Kraft. Mit dem gleichen Zeitpunkte tritt die Polizeiverordnung vom 24. Dezember 1925 (Regierungsamtsblatt 1926, Seite 2) sowie die hierzu ergangene Verordmung vom 12. Januar 1926 (Regierungsamtsblatt 1926, Seite 16) außer Kraft.

Merseburg, den 15. Mai 1926.

Der Regierungspräsident.

Es wird besonders darauf hingewiesen, daß bei allen Haus-schlachtungen der Fleischschau unter, soweit es sich um die Schlachtung von Schweinen handelt, auch nach der zuständigen Rechtsinspektion hinzuziehen ist. Vor diesen amtlichen Untersuchungen ist das Abschneiden und Zerarbeiten von Fleischteilen von den geschlachteten Tieren verboten.

Als Fleischschauener sind für den Stadtbezirk Nebr. bestellt:

Bezirk I: Tierarzt Paul Densel sen., Nebr.

Bezirk II: Tierarzt Dr. Paul Densel jun., Nebr.

Die Stellvertretung erfolgt je zur Hälfte. Als Trichinenbeschauer sind für den Stadtbezirk bestellt:

Bezirk I: Aorbmacher Paul Winter, Nebr.

Bezirk II: Freifaur Paul Fiedner, Nebr.

Die Vertretung erfolgt je zur Hälfte.

Die Polizei-Verwaltung. Stattdamm.

Großwangen.

Sonntag, den 17. Oktober, zur Kleinkirmes von nachmittags 3 Uhr ab

Ball- musil

wogu freundlichst einladet

Br. Stops.

Turnverein Nebra.

Sonntag, den 17. Okt., abends 8 Uhr
veranstalten wir im Saale des „Preuß. Hof“ ein

Bühnen-Schaufturnen

bestehend aus:
Schul- und Kürturnen, Frei- und Stabübungen, sowie Volkstänzen.

Nachdem: **BALL.**

Die geehrte Gmündererschaft von Nebra und Umgegend laden wir hierzu freundlichst ein

Eintritt 50 Pfennig.

Der gesamte Reinertrag ist für unseren Turnhallenbaufonds bestimmt

Der Vorstand.



Vergessen Sie nicht

das allbekannte parfümierte
Spaten-Waschextrakt

zum Einweichen, Waschen und Bleichen. Sie erhalten sich Ihre kostbare Wäsche und Ihr Geld!

Selenfabrik Steinbach, Leipzig / Oegr. 1859

Ihr Retter

im täglichen Lebenskampf ist die Schulung Ihrer Intelligenz

Treiben Sie Denksport nach Ministerialrat Dr. Beyer, dem bekanntesten Schöpfer des

Denksport

Zeitschrift für geistig Regsame. Probehefte RM 1.- Prospekt kostenlos.

Abonnements (6 Hefte nur RM 4.80) durch die Buchhandlung:

Wilh. Sauer, Rossleben.

Neuer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich zweimal: Mittwoch und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle und den Postanstalten 0.50 Mk.

Schriftleitung: W. H. Sauer in Hofleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Hofleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weig, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Hofleben Nr. 21. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 5 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Blattmetz 15 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten: Stadtparkstraße Nebra — Bankverein Artern.

Nr 83

Sonnabend, den 16. Oktober 1926.

39. Jahrgang.

Jugend in Gefahr.

In der Berliner Volksausstellung befindet sich eine Abteilung der „politischen Polizei“, die außerordentlich interessantes Material über alle Mittel des politischen Kampfes enthält; dieser Kampf wird ja heutzutage nicht nur mit Wort und Bild und Schrift geführt, sondern auch mit „schlagenden“ Gründen oder gar mit Selbstwunden. Man sieht in jener Abteilung also allerbald Waffen im Kampf dieser Art ausgelegt, das schlaueste dabei ist aber, daß sie in der Hauptsache Jugendliden abgeben sind — schwere Stöße mit Eisenpfeilen, Schlagringe und Zerschläger, Sandmännchen und Revolver. Es ist einfach nicht wahr, daß das Väterrechtlich, das in jener des Weltkrieges stand, die Schen vor dem Leben des Väterrechtes verloren hat, — die Jugend ist es, der nicht bloß der Knüttel und der Revolver bei derartigen Vorfällen sehr losen. Die Zahl der Vergeben, Verbrechen, ja größtenteils Taten von Jugendlichen steigt in immer dramatischer Weise. In Deutschland sind gerade ein Fünfteljahrhundert, der allerdings über seine Jahre hinaus entwickelt erscheint, in diesen Tagen hemmungslos drei Millionen. Es gelang, ihn in einem Restaurant zu fassen. Wieviel passierten dann diesem Massenmörder ja nicht, denn die mögliche Süßholzworte von zehn Jahren Gefängnis läßt den Fünfteljahrhundertjährigen wieder auf seine Mitmenschen los. Er ist ein Fürstgezeugel. Die Gerichtsverhandlung erst wird ergeben, wie es möglich war, daß dieser Knabe zum entsetzlichen Mörder wurde. Ein Engländer hat einmal während des Krieges gesagt, die verwerbliche Wirkung der Hungerplödele werde sich in Deutschland erst dreißig Jahre nach Friedensschluß deutlich an der körperlichen Verkrüppelung des dann heranwachsenden Geschlechts zeigen. Wohl kaum mit Recht; aber die seelische Verkrüppelung der Jugend von heute hat ein erschütterndes, weiches, bis zum Schrecknis läßt den Fünfteljahrhundertjährigen wieder auf seine Mitmenschen los. Er ist ein Fürstgezeugel. Die Gerichtsverhandlung erst wird ergeben, wie es möglich war, daß dieser Knabe zum entsetzlichen Mörder wurde. Ein Engländer hat einmal während des Krieges gesagt, die verwerbliche Wirkung der Hungerplödele werde sich in Deutschland erst dreißig Jahre nach Friedensschluß deutlich an der körperlichen Verkrüppelung des dann heranwachsenden Geschlechts zeigen. Wohl kaum mit Recht; aber die seelische Verkrüppelung der Jugend von heute hat ein erschütterndes, weiches, bis zum Schrecknis läßt den Fünfteljahrhundertjährigen wieder auf seine Mitmenschen los. Er ist ein Fürstgezeugel. Die Gerichtsverhandlung erst wird ergeben, wie es möglich war, daß dieser Knabe zum entsetzlichen Mörder wurde.

Wir sind stolz, vielleicht allen stolz auf unsere Jugendpflanze, gewiß, sie ist vorzüglich — aber die banale Frage taucht auf, ob wir nicht dabei über den körperlichen das Seelische verpassen, vielmehr im Hinblick auf die wachsende Zahl der jugendlichen Straftaten bis zum schrecklichen Mord hinaus alle Veranlassung haben, darüber nachzudenken zu sein, ob wir es wirklich so herrlich weit gebracht haben, wie wir es uns einbilden. Ganz ist die Gegenwart, sie wird sie härter werden, erdritter der Kampf um das Dasein. Da muß der Jugend gerade die seelische Widerstandsfähigkeit eingeschult werden. Aber wenn die Sechsjährigen zu Straßendemonstrationen mitgenommen werden, wenn die Sechsjährigen nach noch von heutigen Vorkämpfern reden, wenn ein großer Verbrecher als Held hingestellt, wenn unangelegentlich das Huerelle angefangen wird für Schanblaten, wie die eines Schröder in Magdeburg, der sich als Mittelpunkt der Aufmerksamkeiten von Millionen hülflos konnte, dann kann das alles seine Wirkung auf die Jugend nicht verhehlen.

Gräßlich ist die Zeit des Fünfteljahrhundertjährigen in Oranienburg; wir Älteren müssen uns aber an die Brust schlagen, weil wir in dem Kampf des Tages gegeneinander den furchtbaren ernstlichen Sinn des Wortes vermissen, daß, wer die Jugend hat, auch die Zukunft besitzt. Dieses Wort schließt die Pflicht in sich, uns um diese Zukunft zu sorgen.

Die kriminalistische Welle.

In einer Ansprache durch den Rundfunk teilte der Berliner Polizeipräsident Dr. Friedensburg mit, daß im Jahre 1923, dem Höhepunkt der kriminalistischen Welle, in Deutschland fast eine Million Verurteilungen wegen Verbrechen und Vergehen gegen die Menschlichkeit verurteilt wurden, gegen kaum 600 000 Personen im Jahre 1912, die damals bei einer größeren Bevölkerungszahl abgeurteilt werden mußten. Die Zahl der verurteilten Jugendlichen in dem gleichen Zeitraum von 55 000 auf 90 000. Die Verhältnisse der Verurteilten können noch länger nicht wieder als erreicht gelten.

1,6 Milliarden für soziale Zwecke

Die Tagung des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Auf der in Nürnberg tagenden Herbstausführung des Deutschen Gewerkschaftsbundes sprach Reichsarbeitsminister Brauns über die Erfolge der während der letzten Jahre in Deutschland betriebenen Sozialpolitik. Der Minister betonte, daß wir vor der vorläufigen Umwälzung in der Volkswirtschaft und in der Weltwirtschaft stehen. Im Jahre 1925 sind nach Angabe Dr. Brauns 1,6 Milliarden für soziale Zwecke auszugeben worden, während der Gesamtetat des Reiches 7,1 Milliarden betrug. Dr. Brauns hat in seinen weiteren Ausführungen auch auf die Frage der Lohnregulierung zu sprechen und führte hierbei aus: Letztendlich man das Problem der Lohnregulierung in ihrer Gesamtheit, so wird man bald erkennen, daß eine schematische Regelung heute weniger

denn je angebracht ist. Sie richtet sich ganz nach der Art, in welcher der Betrieb arbeitet. Es gibt also heute keine klare Linie der Lohnregulierung. Sie über die Grundzüge der Lohnpolitik zu verständigen und sie in der Praxis durchzuführen, ist in erster Reihe natürlich Aufgabe der Parteien selbst und muß es bleiben. Allerdings hat auch der Staat die Möglichkeit, hier im Einzelfall eingzugreifen, speziell durch die Erlaubnis der Selbstregulierung von Arbeitspreisen. Aber von diesem staatlichen Machtmittel dürfen wir nur mit großer Zurückhaltung Gebrauch machen, wollen wir nicht seinen Nutzen in das Gegenteil verkehren. Würde von der Einrichtung der Selbstregulierung zu häufig Gebrauch gemacht, so wäre die Folge die Erlösung des Gewerkschafts von der Verantwortung der Parteien. Die Kraft der Gewerkschaften würde dadurch geschwächt und auf die Dauer die ganze Einrichtung des Selbstregulierungswesens gefährdet. Zum Schluß sagte der Minister: Deutschland kann auf seine Sozialpolitik stolz sein; wir nehmen da eine internationale Führung ein. Die sozialpolitische Einstellung steht dem deutschen Volke in den Knochen. Sozialpolitik ist ein Stück deutscher Kultur und muß so gewertet werden.

Dor Dr. Brauns hatte der ehemalige preussische Ministerpräsident Reichsminister Dr. Siegelwald über das Thema „Wirtschaftskrisis und Arbeitnehmerschaft“ gesprochen. Siegelwald wies hierbei auf die Tarifbildung während der letzten Jahre hin, die alle eine richtige Wacht darstellten. Der Redner betonte hierbei, daß wir noch weit entfernt von Wirtschaftskrisis und Kulturdenkmal seien.

Die Mieter beim Volkswohlfahrtsminister

Die Verwendung der Hauszinssteuer. Wie von dem Bund Deutscher Mietervereine E. W. (Sitz Dresden) mitgeteilt wird, hatten seine Vertreter eine mehrstündige Audienz beim Reichsminister für Volkswohlfahrt und Reichswohlfahrtsminister wegen der dringenden Neubearbeitung der Erhöhung der Hauszinssteuer um 30 % der Friedensmiete. Die Vertreter der Mieterschaft haben einem eingehenden Vortrag über den Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit beigefügt und auf Wege zur Befreiung der Mittel hingewiesen (Verwendung der gesamten Hauszinssteuer für den Neubau; Erhebung der Hauszinssteuer ohne Zuschlaggewinne für den Hausbesitz, Wertungsdarlehen usw.). Dieser Vorschlag gegenüber dem Reichsminister auf die parlamentarische Lage. Die Ministervertreter haben auch geistliche Garantien dafür gefordert, daß die Hauszinssteuer der öffentlichen Hand für die Wohnungswirtschaft erhalten bleibt und auch künftig nicht dem Hausbesitz als weitere unverdiente Rente zufließt. Sie haben eine ausführliche Denkschrift in Aussicht gestellt. Im Reichstagen Landtag ist zur Frage der Verbilligung des Wohnungsbaues folgende kleine Anfrage eingebracht worden: Der Zeitpunkt ist gekommen, wo von den jetzt noch zahlreichen Wohnungsländern die Mieten für die zu erbauenden Wohnungen in Anbetracht ihres Einlassens nicht mehr bezahlt werden können. Da die Preise für Baustoffe, Löhne usw. außerordentlich hoch sind, so sind sie, außer der Hauszinssteuer, aufzunehmende Hypotheken, außer der Hauszinssteuer, zu berücksichtigen. Dieses kann geschehen, wenn ein Teil des Aufkommens der Hauszinssteuer dazu verwendet wird, die Mieten, welche von Gebäudern zu verlangen werden, soweit aus der Hauszinssteuer zu erlangen, daß der Preis der neu hergestellten Wohnungen nicht wesentlich über die 100 % Vorkriegsmiete kommt. Die Staatsregierung wird getraut, ob sie bereit ist, das Nötige zu veranlassen.

Frankzösische Finanzkommission in Berlin.

Unter Führung des Ministerialdirektors Mollath ist eine französische Finanzkommission in Berlin eingetroffen, um die in Zukunft beabsichtigten wirtschaftlichen Verhandlungen zu beginnen.

Politische Rundschau

Deutsches Reich.

Sechtes Abschied von der Reichswehr.

Die letzte Ausgabe des Heeresverordnungsblattes enthält nachstehenden Tagesbefehl des Generalobersten von Seekt: „An das Reichsheer! Der Armee, die mit mir geworden und gewachsen, sage ich heute herzliches Lebend! Aus der alten Armee hervorgegangen, mit ihr in schönen Friedens-, in ehrenvollen Kriegsjahren fest verbunden, habe ich nichts Besseres tun können, als zu freieren, ihre Tugenden der jungen Armee zu übermitteln. Ob mir das gelungen ist, das soll ihr, meine Kameraden, beweisen. Solltet die deutsche Soldatenwehr hoch, die in der Pflichterfüllung liegt. Jeder an seiner Stelle, stündlich, täglich, im Leben und im Tod! Aber: Vorwärts! — vorwärts!“ Das Armeerecht des Fürsten zu Lippe.

Der vormalige Fürst Leopold IV. zu Lippe hat sich genötigt gesehen, beim Magistrat Delmold um das Armeerecht einzufommen, damit er einen Privatprozeß um eine sehr hohe Summe — man spricht von 250 000 Mark — gegen ein rheinisches Bauhaus führen kann. Nach Prüfung der Vermögens- und Einkommensverhältnisse folte

der ganzen wirtschaftlichen Lage hat der Magistrat der Stadt Delmold den Erben entprochen und dem Fürsten für diesen Prozeß das Armeerecht gewährt. Der Fürst hat eine große Familie — sieben Kinder — zu unterhalten und glaubt sich deshalb außerstande, aus eigenen Mitteln den Prozeß anzuführen. Das Armeerecht legt ihn in die Lage, ohne die sonst nötigen Vorstöße den Prozeß führen zu können.

Der Reichslandtag gegen die Große Koalition. Der Bundesrat hat den Reichslandtag gegen die Frage der Regierungsumbildung in Preußen folgende Entscheidung gefaßt: Der Reichslandtag begründet grundsätzlich jeden Schritt, der geeignet ist, den Einfluß der Sozialdemokratischen Partei zu schmälern. Der Bundesrat kann jedoch in dem geplanten Beitritt der Deutschen Volkspartei zu der letzten Reichsregierung in Preußen seinen derzeitigen Schritt erlösen. Die Beibehaltung des Reichslandtags gegenüber dieser Entwicklung sind erheblich veräußert durch die demagogische Tendenz der S. P. D. den Beitritt der D. P. U. in Preußen abhängig zu machen von einer gleichen Entwicklung im Reich.

Strenghaus oder Parlament? Bei der Beratung des Abänderungsbeschlusses im Reichstagen Landtag haben die kommunistischen Abgeordneten dringlichst betragen, daß man sich fragen muß, ob es wirklich nötig ist, derartige „Parlamente“ zu unterhalten. Mit Wasserläschen, Zimengläsern, Bildbänken und sonstigen erzieherischen Gegenständen schweberten sie gegen ihre Kollegen der anderen Fraktionen, jedoch die Sitzung vom Präsidenten einmalmal unterbrochen werden mußte. Schließlich blieb dem Präsidium nur das letzte Hilfsmittel übrig: die polizeiliche Ausweisung der Redaktionsräte. — Derartige widerliche Szenen müssen dazu führen, den Parlamentarismus in den Augen des Volkes herabzuwürdigen, schließlich ganz zu untergraben. — Ein probates Mittel der Selbsthilfe gegen die Mischelien der kommunistischen Abgeordneten, die sie sich unter dem Schutze ihrer Immunität erlauben, haben übrigens die zwei Schüsse des sozialistischen Abgeordneten Oberholz angewandt. Der kommunistische Abgeordnete Schulz aus Dittersbach hatte sich während der Sitzung erdreistet, die Ehre der Frau des Abgeordneten Oberholz anzutasten und da nun dem Schulz infolge seiner Immunität als Abgeordneter nicht anders beizukommen ist, haben die Schüsse des Oberholz dem Weidinger vor dem Landtagsgebäude aufgelauert und ihn mit der Fingerringe drangegewürgelt, daß jene Sitzung für ihn eine „denkwürdige“ sein wird. Den beiden Schützen, die bereit für ihre Mutter eintraten, wird jeder anständige Mensch Achtung entgegenbringen.

Aus- und Ausland.

Berlin. Der Polizeipräsident von Berlin hat auf Anordnung des neuen preussischen Innenministers die von den Kommunisten für Donnerstag angekündigte Demonstration in der Unterstadt in Berlin wegen des Abänderungsbeschlusses wegen unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit verboten.

Paris. Die französische Regierung hat auf Anordnung des neuen preussischen Innenministers die von den Kommunisten für Donnerstag angekündigte Demonstration in der Unterstadt in Berlin wegen des Abänderungsbeschlusses wegen unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit verboten.

Paris. Die französische Regierung hat auf Anordnung des neuen preussischen Innenministers die von den Kommunisten für Donnerstag angekündigte Demonstration in der Unterstadt in Berlin wegen des Abänderungsbeschlusses wegen unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit verboten.

Paris. Die französische Regierung hat auf Anordnung des neuen preussischen Innenministers die von den Kommunisten für Donnerstag angekündigte Demonstration in der Unterstadt in Berlin wegen des Abänderungsbeschlusses wegen unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit verboten.

Paris. Die französische Regierung hat auf Anordnung des neuen preussischen Innenministers die von den Kommunisten für Donnerstag angekündigte Demonstration in der Unterstadt in Berlin wegen des Abänderungsbeschlusses wegen unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit verboten.

Paris. Die französische Regierung hat auf Anordnung des neuen preussischen Innenministers die von den Kommunisten für Donnerstag angekündigte Demonstration in der Unterstadt in Berlin wegen des Abänderungsbeschlusses wegen unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit verboten.

Paris. Die französische Regierung hat auf Anordnung des neuen preussischen Innenministers die von den Kommunisten für Donnerstag angekündigte Demonstration in der Unterstadt in Berlin wegen des Abänderungsbeschlusses wegen unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit verboten.

Paris. Die französische Regierung hat auf Anordnung des neuen preussischen Innenministers die von den Kommunisten für Donnerstag angekündigte Demonstration in der Unterstadt in Berlin wegen des Abänderungsbeschlusses wegen unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit verboten.

Paris. Die französische Regierung hat auf Anordnung des neuen preussischen Innenministers die von den Kommunisten für Donnerstag angekündigte Demonstration in der Unterstadt in Berlin wegen des Abänderungsbeschlusses wegen unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit verboten.

Paris. Die französische Regierung hat auf Anordnung des neuen preussischen Innenministers die von den Kommunisten für Donnerstag angekündigte Demonstration in der Unterstadt in Berlin wegen des Abänderungsbeschlusses wegen unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit verboten.